**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Planung und Hochbau
vom 24.11.2022**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:08 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Vors. Weber eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Bgm Oestmann freut sich mitteilen zu können, dass Frau Sabrina Kemper seit dem 01.09.2022 auf dem Dienstposten der Stadtplanung bei der Stadt beschäftigt ist. Sie stellt sich kurz vor.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.06.2022 VorlNr.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau genehmigt einstimmig das Protokoll vom 28.06.2022.

TOP 4 Beratungsleistung der BauBeCon bis zum Antragsverfahren für die Bewilligung der Städtebauförderung 2022 VorlNr.
0197/2021-2026

Bgm Oestmann erläutert, dass er in Erwartung positiver Bescheide für die Städtebauförderung sei, die die Stadt in den nächsten 10 - 15 Jahren prägend verändern würden. Dies sei ein herausfordernder Prozess, der eine externe beratende Unterstützung erfordere. Die Firma BauBeCon werde nun eine derartige Beratung vorstellen. Die Vergabe einer solchen Beratungsleistung erfolge dann selbstverständlich im Rahmen eines förmlichen Vergabeverfahrens.

Herr Gunnemann von der Fa. BauBeCon stellt ausführlich anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die ersten Schritte nach Bescheiderteilung sowie eine mögliche Unterstützung durch einen Sanierungsträger oder Sanierungsberater vor. Der Bereich Innenstadt und Niederung aus dem Fördertopf „Lebendige Zentren“ umfasse ein Gebiet von 80 ha mit einem Investitionsvolumen von rd. 28 Mio. €. Im Gebiet Auf dem Loh, im Förderbereich „Sozialer Zusammenhalt“ gehe es um eine Fläche von 50 ha mit einem Volumen von ca. 16 Mio. €. Dies stelle eine große personelle Herausforderung dar, die ein Sanierungsträger unterstützen könne.

RH Dr. Rinck erklärt, dass man bei Antragstellung nicht habe davon ausgehen können, dass beide eingereichten Projekte vollständig gefördert würden. Bei dem beantragten Gesamtvolumen kämen auf die Stadt Kosten von rd. 15 Mio. € zu. Selbst, wenn diese auf 15 Jahre aufgeteilt würden, sei dies eine immense finanzielle Herausforderung. Er erkundigt sich nach Erfahrungen zu den Bewilligungen.

Herr Gunnemann erklärt, dass mit dem 1. Bescheid nach dem Gesamtförderbescheid mit einer kleinen Summe aus dem Gesamtbudget zu rechnen sei. Die Gesamtsumme sei beim Land für die nächsten 10 – 15 Jahre festgelegt. Für weitere Maßnahmen müsste jedes Jahr zum 01.06. ein neuer Antrag für Maßnahmen gestellt werden.

Hinzugewählter Eichhorn, fragt, wie es sich mit der Teuerungsrate verhalte. Seit Antragstellung von vor 1,5 Jahren sei alles teurer geworden. Das würde zur Erhöhung des finanziellen Volumens führen. Er fragt, wer die Mehrkosten trage.

Herr Gunnemann antwortet, dass Kostenrahmen- oder Gebietsanpassungen durchaus möglich seien. Bei einer Explosion der Kosten könnten gegebenenfalls Projekte nicht realisiert werden oder Mehrkosten durch Einsparungen bei anderen Projekten gedeckt werden. Hier bestehe eine flexible Handhabung.

Vors. Weber erkundigt sich, ob die Kosten für den Sanierungsträger/ Sanierungsberater aus den Städtebauförderungsmitteln bezahlt werden könnten.

Herr Gunnemann berichtet, dass sich das förderfähige Honorar des Sanierungsträger auf 6 % der Gesamtförderung belaufe. Eventueller Grundstückserwerbskosten würden in der Gesamtförderung für das Honorar nicht berücksichtigt. Die sächlichen Verwaltungskosten hingegen würden nicht gefördert.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, was der Unterschied zwischen einem Sanierungsträger und einem Sanierungsberater sei.

Herr Gunnemann erklärt, dass ein Sanierungsträger ein Projektkonto verwalte und für die Zahlungsabwicklung zuständig sei. Er dürfe Grundstücke kaufen und Aufträge vergeben. Es bestehe eine Kostenkontrolle durch die treuhänderische Mittelverwaltung. Die Verwaltungsnachweise für die Projekte würden erstellt, so dass seitens der NBank mit keinen Problemen zu rechnen sei. Ein Sanierungsberater unterstütze nur, den großen Teil der anfallenden Arbeiten erledige die Verwaltung.

Bgm Oestmann führt aus, dass er durch diesen Vortrag der BauBeCon die Thematik sensibilisieren wolle. Die Verwaltung werde voraussichtlich den Vorschlag unterbreiten, einen Sanierungsträger zu beauftragen, da dies personell im Rathaus nicht zu schaffen sei. Herr Carius, der mit der Antragstellung betraut gewesen sei, habe aus persönlichen Gründen die Arbeitsstelle gewechselt. Diese Stelle habe bisher nicht mit einer geeigneten Person nachbesetzt werden können. Auch würden die fehlenden Jahresabschlüsse noch Personal binden. Er ist der Meinung, dass man hier nicht am falschen Ende sparen sollte. Details könnten in der Politik diskutiert werden.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau nimmt Kenntnis.

TOP 5 Vorstellung Rahmenplan Photovoltaik-Freiflächenanlagen

VorlNr.

Bgm Oestmann erläutert, dass sich bei der Stadt immer mehr Investoren für Freiflächenphotovoltaikanlagen meldeten. Heute gehe es um die kartographische Darstellung möglicher Flächen. Ein Richtlinienkatalog würde derzeit erarbeitet, der zu gegebener Zeit vom Rat verabschiedet würde.

Herr Richter von der PGN erläutert ausführlich anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beiliegt, welche Flächen in Rotenburg und den Ortschaften prädestiniert für Photovoltaikfreiflächenanlagen seien und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssten.

RH von Hoyningen-Huene stellt fest, dass nach der Darstellung doppelt so viele Flächen möglich seien wie im Regionalen Raumordnungsprogramm dargestellt seien. Er fragt, ob die Größe der möglichen Gesamtfläche kommunenübergreifend auf Kreis- oder Landesebene ausgleichsfähig sei.

Herr Richter entgegnet, dass die Größen nicht verbindlich geregelt seien. Die 46 ha seien die Zielvorgabe. Mehr gehe immer.

RH von Hoyningen-Huene befürchtet, dass zwischen den Eigentümer*innen der landwirtschaftlichen Flächen Konflikte entstehen könnten, weil einige Flächen geeignet seien, andere aber nicht.

Bgm Oestmann äußert, dass die Stadt zuerst die Grundzüge festlegen solle. Andere Kommunen hätten bereits einen textlichen Rahmen aufgestellt, der auch hier die Zielvorstellung sei. An diesem Rahmen sollten die Anträge abgearbeitet werden.

RF Behr bittet um Auskunft, ob es sich bei den Freiflächenphotovoltaikanlagen genauso verhalte wie bei den Windenergieanlagen, dass 0,2 Cent/kWh an die Kommune abgeführt würden.

Herr Richter antwortet, dass dies möglich sei. Dies dürfe aber nicht vor dem Bauleitplanverfahren festgelegt werden.

RH Klingbeil erkundigt sich, wenn 4 ha die kleinstmögliche Fläche sei, welches die größtmögliche sei.

Herr Richter informiert, dass es im Süden Rotenburgs Flächen von 65 ha, 14 ha und 4 ha gebe, die von der Bahn durchschnitten würden.

Herr Eichhorn fragt, wieviel der Potenzialfläche auch Photovoltaikfläche sei.

Herr Richter führt aus, dass 97 ha nur eine Größenordnung sei. Gemäß Bebauungsplänen müssten u. a. einzuhaltende Abstände und vorgeschriebene Begrünungen abgezogen werden, so dass letztendlich etwa 50 % der Flächen mit Modulen belegt werden könnten.

Bgm Oestmann fügt hinzu, dass auch noch weitere Flächen möglich seien, die im Einzelnen betrachtet werden müssten.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, ob auf den Potenzialflächen auch Windenergie oder Windenergie und Photovoltaik in Kombination möglich sei.

Herr Richter erklärt, dass es für Windenergie andere Kriterien gebe. Grundsätzlich sei es möglich, aber auch schwierig. Beispielsweise müsse bei Windrädern mit Eisabwurf im Winter gerechnet werden, der Module beschädigen könnte.

RF Kettenburg teilt mit, dass auch in Ahausen und Westerwalsede die Eigentümer*innen angeschrieben worden seien. Gegebenenfalls lande man nicht bei einer Fläche von 97 ha, sondern bei einer Fläche von fast der gesamten Fläche an der Bahnstrecke Bremen – Hamburg und von Rotenburg nach Verden. Sollte es so kommen, würde man auf der Strecke von Unterstedt nach Ahausen nichts Anderes mehr sehen als Photovoltaikmodule. Auf dem Weg nach Dänemark habe sie solche Bereiche gesehen. Sie bezweifelt, dass dies schön sei. Zur Naherholung müsse man dann ins Große und Weiße Moor fahren und auf dem Nordpfad spazieren gehen. Die Vorgaben der Raumordnung würden im Übrigen auf den ganzen Landkreis umgelegt. Im Bereich der Landwirtschaft habe es im Laufe der Zeit einen Strukturwandel gegeben, was bedeute, dass die Erbgeneration über die landwirtschaftlichen Flächen verfüge. Auch sie sieht hier ein Konfliktpotenzial zwischen den Eigentümer*innen bezüglich nutzbarer und nicht nutzbarer Flächen.

RH Klingbeil stellt in Frage, ob es RF Kettenburg tatsächlich also eher um Schönheit als um Klimaschutz gehe.

RF Kettenburg bejaht.

Vors. Weber schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Verwaltung den Rahmenplan für Photovoltaikfreiflächenanlagen erarbeiten und der Politik zum Beschluss vorlegen werde.

TOP 6 Bebauungsplan Nr. 126 - zwischen Brauerstraße und Wittorfer Straße -; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss

VorlNr.
0107/2021-2026/1

RH von Hoyningen-Huene zeigt sich zufrieden mit den Einarbeitungen aufgrund der eingereichten Anträge.

Bgm Oestmann schlägt aus dem Grunde vor, auf eine erneute Vorstellung, die sich überwiegend auf die Anträge bezögen, zu verzichten.

RH Klingbeil fragt nach der Rettungswache auf dem Areal.

Bgm Oestmann führt aus, dass es sich hier um eine freie Planung und nicht um eine Zielplanung für die Rettungswache handele. Es sei lediglich festgehalten worden, dass im Falle der Umsiedlung der Rettungswache auf das Gelände einige Bäume wegen der Einsichtnahme entfernt werden müssten.

Hinzugewählter Behrens erläutert, dass der Landkreis seinerzeit vorgesehen habe, an der Soltauer Straße die Rettungswache zu errichten. Als aber das Lidl-Areal ins Gespräch gekommen sei, habe der Landkreis dieses Grundstück favorisiert. Es sei eine Planung erstellt worden, die beim Landkreis diskutiert worden sei. Vor 6 Wochen habe der Landkreis mitgeteilt, dass die Umsiedlung auf das Lidl-Areal nicht möglich sei, da er nur den Bodenrichtwert zahlen dürfe. Da das Bestandsgebäude aber noch nicht abgeschrieben sei, bedeute dies eine Differenz von etwa 1 Mio. €. Darum habe sich der Landkreis entschieden, wie ursprünglich vorgesehen, die Rettungswache an der Soltauer Straße zu installieren. Nun sei geplant, das Lidl-Gebäude für Lagerzwecke zu erhalten und im vorderen Bereich an der Brauerstraße 40 – 45 Sozialwohnungen zu bauen. Hinzugewählter Behrens führt wortwörtlich

an: „Wir sind Grundstückseigentümer“ und bittet Herrn Richter (PGN) einmal seinen nunmehr geänderten Plan der Wohnbebauung an der Brauerstraße zu präsentieren.

Herr Richter stellt daraufhin die neue Planung visuell vor.

Bgm Oestmann weist auf das Wohnraumversorgungskonzept des Landkreises hin, in dem für den Landkreis Rotenburg, insbesondere in der Stadt Rotenburg, erhebliche Defizite im sozialen Wohnungsbau festgestellt worden seien. Eine solche Feststellung sei die Grundlage, dass Gelder von der NBank fließen könnten, was für Investoren interessant sei. Er begrüßt das Vorhaben sehr.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau empfiehlt bei 1 Enthaltung folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 126 – zwischen Brauerstraße und Wittorfer Straße – gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 7 Bebauungsplan Nr. 42 A - Gewerbegebiet Hohenesch-Nord -,
3. Änderung; Aufstellungsbeschluss, Zustimmung zum
Planentwurf, Beschluss zur Beteiligung der Behörden sowie
sonstigen Träger öffentlicher Belange und Beschluss zur
öffentlichen Auslegung der Planunterlagen**

VorlNr.
0178/2021-2026

Herr Richter erläutert die Planung.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich nach Ausgleichsflächen.

Herr Richter antwortet, dass sich die Ausgleichsfläche in Hemslingen befinde.

Vors. Weber fragt, ob die Umfahrung des Gebäudes weiterhin noch möglich sei. Seinerzeit sei dies erforderlich gewesen.

RH Behrens teilt mit, dass nicht bis an den Zaun gebaut werde, so dass die Umfahrung weiterhin möglich sei.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau empfiehlt bei 1 Enthaltung folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan Nr. 42 A – Gewerbegebiet Hohenesch-Nord - 3. Änderung als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufzustellen. Das Plangebiet ist im nachfolgenden Lageplan dargestellt.
2. Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Planentwurf zu und beschließt, die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und den Entwurf des Planes und der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

TOP 8 40. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil A, Kernstadt (Solarpark - südlich Kesselhofskamp) und vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19 - Solarpark - südlich Kesselhofskamp -; Aufstellungsbeschluss, Zustimmung zu den Planentwürfen, Beschluss zur Beteiligung der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

VorlNr.
0174/2021-2026

Bgm Oestmann erklärt, dass dieses Projekt schon seit längerem in Planung sei. Das Gebiet liege jeweils zum Teil in den Gemarkungen Rotenburg und Waffensen. Gestern habe der Ortsrat Waffensen die Vorlage einstimmig empfohlen.

Frau Oesterling stellt ausführlich anhand einer Präsentation das Vorhaben vor.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, ob es geplant sei, andere Privatpersonen oder die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH zu beteiligen.

Herr Dr. Schaubе berichtet, dass Herr Heilemann und die ON Energy GmbH die Solarpark Heilemann UG & Co. KG gegründet hätten. Er vertrete heute den Investor Herrn Heilemann, der leider verhindert sei. Es sei durchaus möglich, Beteiligungsmöglichkeiten, wie eine Energiegenossenschaft, zu gründen. Dafür gebe es verschiedene Modelle. Dies erfolge jedoch erst im weiteren Verfahren.

RH von Hoyningen-Huene stellt dar, dass eher die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH als private Bürger Interesse an einer Teilhabe habe. Er fragt weiter, was die Stadt für Möglichkeiten habe, Beteiligungsmöglichkeiten zu verlangen.

Bgm Oestmann informiert, dass es keine zwingende Möglichkeit gebe.

Herr Dr. Schaubе ergänzt, dass die Stadt keine Anforderungen stellen könne, sie habe lediglich die kommunale Planungshoheit. Bisher habe es keine Gespräche zwischen der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH und dem Investor gegeben. Dies könne immer noch im laufenden Verfahren erfolgen.

RF Behr fragt nach der Beteiligung der Stadt am Stromertrag.

Herr Dr. Schaubе erläutert, dass nach § 6 EEG der Anlagenbetreiber mit der Standortkommune einen Vertrag vereinbaren könne, der die Zahlung von 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde durch den Anlagenbetreiber an die Standortkommune regelt. Zeitraum dieser Zahlungsvereinbarung seien üblicherweise mindestens 20 Jahre bzw. der konkrete EEG-Vergütungszeitraum der Anlage. Eine derartige Vereinbarung erfolge nicht während des Bauleitverfahrens, sondern erst nach Satzungsbeschluss. Bei einer jährlichen Stromerzeugung von 8 Mio. kWh, was die Versorgung von 1.600 – 1.700 4-Personenhaushalte bedeute, mache dies bei einer Beteiligung von 0,2 Cent/kWh bei einer Laufzeit von 20 Jahren insgesamt rd. 340.000 € aus.

RF Behr möchte wissen, ob die Module verstellbar oder fest eingestellt seien.

Herr Dr. Schaubе antwortet, dass sich die verstellbaren Module nicht rechnen. Die Installationsmehrkosten würden durch den Mehr-Erhalt an Strom nicht gedeckt.

Hinzugewählter Eichhorn hakt nach, warum hier die Süd-Ausrichtung und nicht, wie derzeit überwiegend üblich, die Ost-West-Ausrichtung gewählt worden sei.

Herr Dr. Schaubе gibt bekannt, dass die Süd-Ausrichtung gewählt worden sei, weil eine wesentlich geringere Überbauung stattfinde, obwohl tatsächlich die Ost-West-Ausrichtung energetisch effektiver wäre.

Hinzugewählter Eichhorn ist der Auffassung, dass Module zu 370 Watt/qm derzeit nicht zu konkurrenzfähigen Preisen erhältlich seien.

Herr Dr. Schaubе stellt richtig, dass der Wirkungsgrad in den letzten Jahren erheblich gestiegen sei. Die Module befänden sich im Regelfall im mittleren Preissegment.

RF Kettenburg schlägt vor, die Rückbauverpflichtung in den textlichen Festsetzungen zu verankern.

Frau Oesterling merkt an, dass die Rückbauverpflichtung grundsätzlich im Durchführungsvertrag geregelt werde. Da man sich aber am Anfang des Verfahrens befinde, sei die Aufnahme in den textlichen Festsetzungen auch möglich. Innerhalb des Verfahrens würden sich sicherlich auch noch andere Änderungen ergeben.

RF Kettenburg stellt dar, dass nach dem EEG ab 2023 Flächen bis 500 m an Hauptverkehrsstraßen für Freiflächenanlagen nutzbar seien. Sie fragt, ob trotz der Umstellung von intensive auf extensive Grünflächen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich seien.

Frau Oesterling erwidert, dass diese Ausgleichsflächen auf dem Randstreifen möglich seien. Genaueres sei zu gegebener Zeit mit der Unteren Naturschutzbehörde abzusprechen.

RH Klingbeil fragt nach der möglichen Beteiligungshöhe von beispielweise der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH.

Herr Dr. Schaubе sagt, dass dies ein Diskussionsprozess sei, für den es unterschiedliche Strategien gebe. Meist seien es 15 – 20 %, auch bei Energiegenossenschaften.

RH Dr. Rinck weist darauf hin, dass es hier um die Aufstellung eines FNP gehe, der nicht von Beteiligungen abhängig gemacht werden sollte. Entweder wolle die Politik dieses Vorhaben oder nicht. Er fragt, ob es nicht eine generelle Rückbauverpflichtung bei Genehmigung der Anlage gebe oder diese im FNP aufgenommen werden sollte.

AL Lauchart erklärt, dass eine vertragliche Festlegung erfolgen müsse. Im Laufe der Beratungen könne die Variante festgelegt werden. Im Durchführungsvertrag sei die Aufnahme üblich.

Vors. Weber schlägt vor, jetzt erst einmal die Auslegung auf den Weg zu bringen und dann im Verfahren darüber zu diskutieren.

RH Klingbeil ist anderer Auffassung. Er regt an, noch vor dem Verfahren die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH zu fragen.

Bgm Oestmann spricht sich für den Beschluss der Aufstellung aus.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau empfiehlt bei 1 Enthaltung folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt, die 40. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes Teil A, Kernstadt (Solarpark – südlich Kesselhofskamp)

einzuleiten und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 19 - Solarpark - südlich Kesselhofskamp - gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen. Das Änderungs- bzw. Plangebiet ist im anliegenden Lageplan dargestellt.

2. Der Verwaltungsausschuss stimmt den Planentwürfen zu und beschließt, die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen und die frühzeitige Anhörung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

TOP 9 Benennung einer Stichstraße am Kalandshof

VorlNr.
0162/2021-2026

Der Ausschuss für Planung und Hochbau empfiehlt einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die Stichstraße am Kalandshof

Helga-Mohrhoff-Straße

zu benennen.

TOP 10 Baumaßnahme Kindertagesstätte Unterstedt

VorlNr.
0185/2021-2026

Bgm Oestmann erläutert kurz die Vorlage. Da die Wärmepumpe momentan nicht lieferbar sei, habe die CDU/FW einen Antrag gestellt, ein Hotmobil zur vorübergehenden Erwärmung des neuen Kindergartens einzusetzen. Daraufhin habe es einen Termin in der neuen und der alten Kindertagesstätte gegeben, bei dem mit den Beteiligten über die Situation gesprochen worden sei. Ergebnis sei das Verbleiben in der bisherigen Kindertagesstätte, für das sich die Erzieherinnen explizit ausgesprochen hätten. Da auch die Außenanlagen noch nicht angelegt seien, gebe es ein zu hohes Gefahrenpotenzial. Abgesehen davon sei eine Abnahme des Baus rechtlich gar nicht möglich. Sollte bis auf die Heizung alles fertiggestellt sein, könne der Umzug mit einer vorläufigen Ersatzwärmeleistung erfolgen. Ein verlässlicher Termin dafür könne aufgrund der Witterung jedoch nicht benannt werden.

RF Behr fragt, ob es unbedingt die Buderus Heizung sein müsse.

Dipl.-Ing. Schumacher verdeutlicht, dass diese Heizungsanlage am besten auf die Photovoltaikanlage abgestimmt sei.

RF Kettenburg dankt für die schnelle Bearbeitung des kurzfristigen Antrags, kritisiert aber auch, dass die Kindertagesstätte seit drei Jahren Thema sei. Die Maßnahme entwickle sich zu einem „Flughafen“. Sie müsse bald einmal abgeschlossen werden. Die Fertigstellungstermine seien mehrfach nicht eingehalten worden. Im Gegensatz dazu sei aber das Aufstellen einer Flüchtlingsunterkunft innerhalb von 4 Wochen möglich, was selbstverständlich toll und bewundernswert sei.

Bgm Oestmann sagt zu, für die Zukunft zu prüfen, ob Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung optimiert werden könnten.

RH Klingbeil weist darauf hin, dass hier nicht die Verwaltung die Verzögerung zu vertreten habe, sondern der Lieferengpass für die Heizung.

RF Kettenburg entgegnet, dass es nicht nur daran scheitere. Mit einem Hotmobil wäre die Inbetriebnahme möglich gewesen. Es seien aber auch noch anderen Maßnahmen nicht abgeschlossen, so dass keine Abnahme erfolgen könne.

RH Klee erkundigt sich, wie die Trocknung erfolge und ob die Möblierung bereits angeliefert worden sei.

Dipl. Ing. Schumacher teilt mit, dass mit Baustrom getrocknet werde und dass die Möbel bereits vor Ort seien.

Vors. Weber stellt fest, dass sich der Antrag der CDU/FW erledigt habe.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 11	Tischvorlage: Antrag CDU/FW: Vorübergehende Ausstattung des Kindergartens Unterstedt mit einer mobilen Wärmeversorgung mittels "Hotmobil", Fraktion CDU/Freie Wähler vom 21.11.2022	VorlNr. 0200/2021-2026
---------------	--	---------------------------

Der Antrag wurde im Rahmen der Diskussion zu Punkt 10 zurückgezogen.

TOP 12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder	VorlNr.
---------------	---	---------

TOP 12.1	Stand Bebauungspläne Nr. 123 und 127	VorlNr.
-----------------	---	---------

Hinzugewählter Eichhorn interessiert, wie der Sachstand zu den bereits eingebrachten Bebauungsplänen Nr. 123 – Kleekamp – und 127 – Grafeler Damm Südost – sei.

Bgm Oestmann informiert, dass es im Rahmen von interfraktionellen Gesprächen eine Debatte über die strategische Ausrichtung bezüglich dieser beiden Gebiete gegeben habe. Für den Bereich Kleekamp bestehe die Problematik, dass die Stadt nicht Eigentümerin der Fläche sei. Die diesbezüglichen Verhandlungen stockten. Die Grundstücke im Gebiet Grafeler Damm sollten erworben, von einer derzeitigen Bauleitplanung aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung aber momentan Abstand genommen werden. Die Verwaltung befürchte, dass aufgrund sehr hoher Erschließungskosten, und somit auch höherer Grunderwerbskosten für die Käufer, wenig Nachfrage bestehen werde. Im Bereich der Brockeler Straße gebe es immer noch einige freie Grundstücke.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, ob bereits Grundstücke zurückgegeben worden seien.

Bgm Oestmann teilt mit, dass im Baugebiet Brockeler Straße II noch 12 Grundstücke zur Verfügung stünden. 2 Grundstücke seien zurückgegeben worden; und zwar im 55 +-Bereich ein Einfamilienhaus-Grundstück und eins, das im Rahmen eines Architektenwettbewerbs ausgeschrieben gewesen sei. Die Ausschreibung werde nun wiederholt. Auch im Bereich Stockforthsweg werde noch ein Grundstück zurückgegeben.

Vors. Weber schließt die Sitzung um 21:08 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.